



Wirtschaftswachstum: Problemlöser? Sackgasse?

Aufgaben und Grenzen wachstumsorientierter Politik

Vier Jahrzehnte wirtschaftlicher Prosperität haben die Bevölkerung der Bundesrepublik auf ein zuvor nie gekanntes Wohlstandsniveau geführt. Die damit einhergehende materielle Unabhängigkeit hat den Blick für das Wirtschaften selbst frei gemacht - für seine Ziele, Methoden und Auswirkungen.

● Folge ist ein gradueller Wandel der diesem Wirtschaften zugrunde liegenden Wertvorstellungen und Haltungen. Insbesondere Wachstum und Sozialprodukt, lange Zeit unangefochtene Gradmesser nationalen Wohlbefindens, sind zum Gegenstand des Nachdenkens und Nachfragens geworden.

Immer mehr Menschen ziehen Wirtschaftswachstum grundsätzlich in Zweifel. Sie wollen wissen, wohin es führt, wenn eine Gesellschaft einem ständig zunehmenden Sozialprodukt einen so hohen Stellenwert einräumt. Dabei erklären sie die Fixierung auf Wachstum zur Ursache unterschiedlichster Fehlentwicklungen - vom Abbau traditioneller Werte bis hin zur Zerstörung der Umwelt.

Doch Pauschalurteile bringen nicht weiter. Angesichts der vielfältigen Probleme, die uns und die Nachwachsenden immer stärker in die Zange nehmen, muß diese Diskussion rational und mit nachprüfbar Argumenten geführt werden. Sie ist Teil der unerläßlichen geistigen Auseinandersetzung um beides, die ökonomischen wie die ökologischen Bedingungen gegenwärtiger und künftiger Existenz.

Wachstumsziel in der Kritik

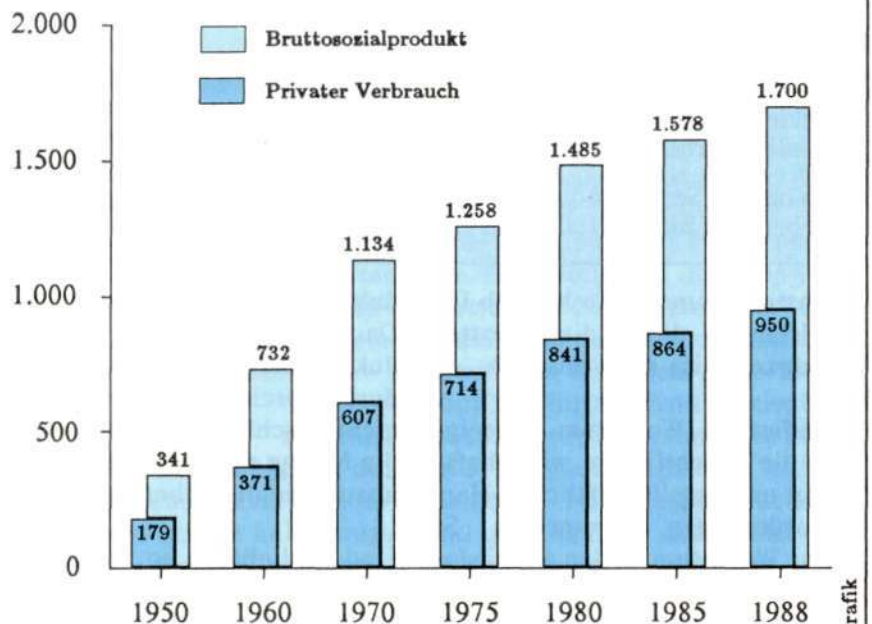
“Grenzen des Wachstums” werden seit der gleichnamigen Studie des Club of Rome aus dem Jahre 1972

immer wieder ins Blickfeld gerückt.

Die Kritiker eines wachstumsorientierten Verständnisses von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik machen geltend, daß Produktionsweise und Konsumverhalten der Industrieländer zu unverträglichen Belastungen der natürlichen Lebensgrundlagen geführt haben. So weiterzumachen wie bisher und diesen Kreislauf noch zu steigern, führe unweigerlich jenseits der Grenzen, die einer lebenswerten Gesellschaft durch die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen sowie durch die Aufnahmefähigkeit der Umwelt für Emissionen und Abfallstoffe gezogen seien. Wachstum biete schon von daher keine tragfähige Perspektive, der vielgepriesene Wachstumspfad müsse in der Sackgasse enden.

Kritik kristallisiert sich aber nicht nur an den augenfälligen Folgeerscheinungen des Wachstums in Form von Umweltschäden. Sie weist auch auf die “defensiven Ausgaben” hin: Ein immer größerer Teil des Zuwachses an Sozialprodukt müsse für Vermeidung und Reparatur von Schäden ausgegeben werden, die durch die Wachstumsgesellschaft selbst verursacht werden - so im Umwelt- und Gesundheitsbereich. Des weiteren führe der Wachstumsprozeß in vielen Bereichen zu einer Verschlechterung der Lebensqualität, etwa durch überproportional steigende Wegekosten und Mieten in den Wachstumszentren. Wachstum werde damit immer weniger wünschenswert, seine nachteiligen Folgen holten die erreichten Vorteile immer mehr ein - während das Sozialprodukt als Maß für

Bruttosozialprodukt und privater Verbrauch
1950 bis 1988 in Milliarden DM
in Preisen von 1980



Quelle: Statistisches Bundesamt

Sozialprodukt: Als Leistungs- und Wohlstandsindikator problematisch

Für den Statistiker ist Wirtschaftswachstum die langfristige Vermehrung des Sozialproduktes, also des Wertes aller Güter und Dienstleistungen, die während einer Bezugsperiode von inländischen Wirtschaftssubjekten - Unternehmen, Staat, private Haushalte - erzeugt worden sind.

Umstritten ist, inwieweit Änderungen des Bruttosozialproduktes (BSP) Rückschlüsse auf Änderungen von Wohlstand und wirtschaftlicher Leistung zulassen. In der Tat darf schon aus konzeptionellen Gründen nur ein loser Zusammenhang zwischen materiellem Wohlstand und Sozialprodukt erwartet werden: Beträchtliche Leistungssegmente fließen erst gar nicht in das BSP ein, in anderen Fällen überzeichnet das BSP die gesamtwirtschaftliche Leistung.

- Das Sozialprodukt erfaßt ausschließlich am Markt erbrachte Leistungen (mit Ausnahme des Staates, der mit seinen Kosten in das Sozialprodukt eingeht). Damit bleiben viele wohlfahrtsteigernde Aktivitäten außer Betracht - darunter Hausfrauenarbeit, freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten, Nachbarschaftshilfe und nicht zuletzt der Zuwachs an (wertvoller) Freizeit.
- Von der Sozialproduktstatistik ebenfalls nicht erfaßt wird der

wohl überdurchschnittlich expansive Bereich der Schattenwirtschaft. Die wirtschaftlichen Aktivitäten, die - aus welchen Gründen auch immer - der statistischen Erfassbarkeit entzogen werden, haben erhebliche Dimensionen angenommen. Schätzungen über den Umfang der "Untergrundwirtschaft" reichen bis zu 40 Prozent des offiziell gemessenen Sozialproduktes.

- Nach herrschender Berechnungsmethode vermehren am Markt erbrachte Leistungen auch dann das Sozialprodukt und tragen statistisch zum Wachstum bei, wenn sie "defensiven" Charakter haben, also der Vermeidung oder der Beseitigung negativer Folgen des Wirtschaftens dienen und somit Kostencharakter besitzen. Beispiele sind Leistungen von Haftpflicht- und Unfallversicherungen oder die Reparatur von Umweltschäden.
- Kosten des Wachstums, die nicht am Markt sichtbar werden, etwa in Form von Belastungen der Umwelt, gehen in die Berechnung des Sozialproduktes nicht ein.

In den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von Versuchen unternommen, das Instrumentarium der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu verbessern und zu ergänzen, um zu brauchbareren

Aussagen über die Wohlstandseffekte wirtschaftlichen Wachstums zu gelangen.

Eine sinnvolle Ergänzung des Sozialproduktes als Maß gesamtwirtschaftlicher Leistung versprechen die "Satellitensysteme", die derzeit vom Statistischen Bundesamt vorbereitet werden. Dieses Konzept hat zum Ziel, für wichtige Bereiche - darunter Haushaltsproduktion, Schattenwirtschaft und Umwelt - zusätzliche Berechnungen vorzulegen, die Aufschluß darüber geben sollen, welche wirtschaftlichen Leistungen in diesen Bereichen erbracht beziehungsweise welche sozialen Kosten dort verursacht werden.

Die dabei errechneten Beträge liefern Anhaltspunkte dafür, um wieviel das Sozialprodukt bei Berücksichtigung der nicht am Markt sichtbaren Bereiche nach oben oder nach unten korrigiert werden müßte.

An einen Ersatz des Sozialproduktes als Meßplatte für wirtschaftliche Leistung ist jedoch nicht gedacht. Denn ein anderes Konzept zur (näherungsweise) Messung des materiellen Wohlstandes, das ohne mehr oder weniger willkürliche und deshalb angreifbare Werturteile auskommt, dürfte auch in Zukunft nicht zur Verfügung stehen.

Wachstum - und indirekt auch für Wohlstand - durch diese Kosten paradoxerweise noch ansteige.

Überdies sei Wachstum ungeeignet, die eigentlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen anzugehen. So könne Wachstum weder Arbeitslosigkeit abbauen noch gar Vollbeschäftigung herstellen. Denn durch technischen Fortschritt und erhöhte Qualifikation wachse die Pro-

duktivität der Arbeitnehmer auf Dauer rascher als das Sozialprodukt. Diese Schere könne auch durch forcierte Wachstumspolitik nicht geschlossen werden, so daß die Menge an vorhandener Arbeit unausweichlich abnehme.

Und schließlich, so wird geltend gemacht, seien die wirklichen Bedürfnisse der Menschen im Grunde bereits befriedigt. In einer solchen Situation allgemeiner Sät-

tigung sei Wachstum entbehrlich und ohne staatliches Zutun, ohne künstlich geschaffene Nachfrage nach eigentlich überflüssigen Gütern, auch nicht zu erwarten. Ist Wachstum also kein erstrebenswertes Ziel?

Wachstum und Umweltbelastung: Kein zwingender Zusammenhang

Es steht außer Frage: Wirtschaftswachstum und Ausbeutung natür-

licher Ressourcen gehen seit Beginn der Industrialisierung Hand in Hand. Unsere ganze Produktions- und Lebensweise war von dieser Haltung gekennzeichnet.

Daraus indes den Schluß zu ziehen, Wachstum sei nur zu Lasten der Umwelt möglich, ist schlichtweg falsch. Denn die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, daß wirtschaftliches Wachstum durchaus mit einer Entlastung der Umwelt verbunden werden kann. So sinkt etwa die Belastung der Luft durch bestimmte Schadstoffe seit Jahren kontinuierlich (siehe Grafik). Ähnliche Erfolge wie auf dem Gebiet der Luftreinhaltung zeigen sich auch beim Gewässerschutz.

Das Verhältnis von Umweltbelastung zu Sozialprodukt ist daher in erster Linie keine Frage naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten. Entscheidend ist vielmehr, welchen Stellenwert eine Gesellschaft der Umwelt beimißt - und wie rasch und flexibel sie auf das wachsende Umweltbewußtsein antworten kann. Es ist kein Zufall, daß die Bundesrepublik und andere marktwirtschaftlich organisierte Staaten in Sachen Umweltschutz deutlich weiter vorangekommen sind als Gesellschaftssysteme mit zentraler Planung und Lenkung.

Die umweltpolitischen Probleme sollen damit nicht verharmlost werden. Aber sie verlangen eine präzise Diagnose: Ursache der uns heute bedrängenden ökologischen Probleme ist nicht Wachstum als solches. Es ist vor allem der allzu sorglose Umgang mit der scheinbar kostenlos zur Verfügung stehenden Ressource Umwelt. An diesem Systemdefekt ist anzusetzen, wenn das "Raumschiff Erde" wirksam vor dem Kollaps seiner Systeme und vor einer Überfrachtung mit Schmutz geschützt werden soll. Ziel muß sein, das elementare

Eigeninteresse des einzelnen - des Konsumenten wie des Produzenten - an einem verantwortlichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu wecken. Hierzu ist ein klarer Ordnungsrahmen notwendig, der die Schonung der Umwelt belohnt, ihren Verbrauch in Rechnung stellt und für Schäden deren Verursacher haftbar macht.

Soziale Marktwirtschaft ist wachstumsneutral

Entgegen weit verbreiteter Auffassung ist Wachstum kein konstitutiver Teil unseres Systems "Soziale Marktwirtschaft". Deren Kern und Erfolgsgeheimnis liegen auf anderer Ebene: In den auf freier Entscheidung des eigenverantwortlichen einzelnen beruhenden wirtschaftlichen Austauschbeziehungen auf Wettbewerbsmärkten.

Der Staat hingegen hat - insbesondere durch einen Ordnungsrahmen, der den Wettbewerb erhält - in erster Linie Sorge dafür zu tragen, daß dieser Mechanismus funktionsfähig bleibt. Eine Aufgabe des Staates, für eine langfristige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leistung der Gesellschaft - für Wachstum also - zu sorgen, folgt aus der marktwirtschaftlichen Ordnungsidee nicht. Mit gutem Grund, wenn auch vergeblich, hat sich Ludwig Erhard in der Debatte zum Stabilitäts- und Wachstumsgesetz entschieden dagegen ausgesprochen, Wachstum in den Katalog der wirtschaftspolitischen Ziele aufzunehmen. Denn die Politik für "angemessenes Wachstum" in die Pflicht zu nehmen, widerspricht nicht nur der Vorstellung einer wachstumsneutralen Wirtschaftsordnung. Der Staat weckt damit auch Erwartungen, denen er mangels geeigneter Instrumentarien letztlich doch nicht gerecht werden kann.

Wachstum bleibt wünschenswert...

So wenig unserer Wirtschaftsordnung ein systembedingter Zwang zu immer höherer wirtschaftlicher Leistung eigen ist, so wenig kann aus ihr eine Pflicht zur politischen Begrenzung des Wachstums abgeleitet werden. Dahingehende Forderungen, nicht selten mit der Behauptung allgemeiner Sättigung verbunden, zeigen - zumal in Verbindung mit dem moralischen Imperativ der Konsumeinschränkung - allenfalls die illiberale Haltung ihrer Vertreter. Zum einen sind selbst moderne Industriegesellschaften kein Schlaraffenland. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen nicht einmal dort aus, um die vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen. Zum anderen ist, verkürzt gesagt, in einer auf dem Grundsatz individueller Freiheit aufgebauten Gesellschaft und in der ihr entsprechenden marktwirtschaftlichen Ordnung der Bürger selbst Souverän seiner Wünsche und Bedürfnisse, eingeschränkt nur insoweit, als sein Verhalten anderen und der Gesamtheit nicht schaden darf. Darüber hinausgehende Bevormundung durch den Staat oder Dritte verletzt diese Freiheit des einzelnen.

... zum Abbau gesellschaftlicher Konflikte...

Daß eine politische Begrenzung des Wachstums auch unter anderen Aspekten keine brauchbare Option sein kann, wird bei genauer Betrachtung schnell erkennbar. Denn wird die gesamtwirtschaftliche Leistung künstlich auf konstantem Niveau gehalten, gerät die Gesellschaft zum Nullsummenspiel. Wer dann mehr leisten will, um seine persönliche Situation zu verbessern, kann dies entweder gar nicht oder nur auf Kosten anderer tun. Lähmende Verteilungskonflikte und die Notwendigkeit für den Staat, mit Gewalt in das Leben des

einzelnen und der Gruppen einzugreifen, wären unvermeidliche Folgen. Und für die Wirtschaft als Ganzes gilt das gleiche: die einzelnen Sektoren wären über jedes vernünftige Maß hinaus voneinander abhängig, die Politikbereiche lähmten sich gegenseitig.

Expansion des einen zu Lasten des anderen Politikbereichs - kaum etwas dürfte im politischen Tagesgeschäft, im dem jeder auf "mehr" aus ist, schwieriger zu realisieren sein. Mehr Aufwand für die soziale Sicherung etwa hieße zugleich und unausweichlich: weniger Umweltschutz, weniger Investitionen in andere Bereiche oder weniger Konsum.

... für den Umweltschutz...

Eines liegt auf der Hand: Die Bewältigung der umweltpolitischen Aufgaben ist teuer. Der für einen nachhaltigen Umweltschutz notwendige strukturelle Wandel - der konsequente Übergang zu umweltschonenden, ressourcensparenden Produktionsverfahren und Produkten - erfordert fast immer verstärkten Einsatz von Kapital und technischem Fortschritt. Und die für ökologische Ziele aufgewandten Ressourcen stehen für andere Zwecke nicht mehr zur Verfügung. Soll die Umwelt wirksamer geschützt werden, ohne daß dies zu Lasten anderer Bereiche geht, ist ein alles in allem wachsendes Sozialprodukt unabdingbar.

... für den Arbeitsmarkt...

Wachstum kann darüber hinaus weitere Anpassungsprobleme in Wirtschaft und Gesellschaft erleichtern. Dies gilt ganz deutlich für den Arbeitsmarkt.

Die jüngste Entwicklung zeigt: Mehr Wachstum hat den Arbeitsmarkt wesentlich entlastet. Seit dem Beschäftigungstief von 1983

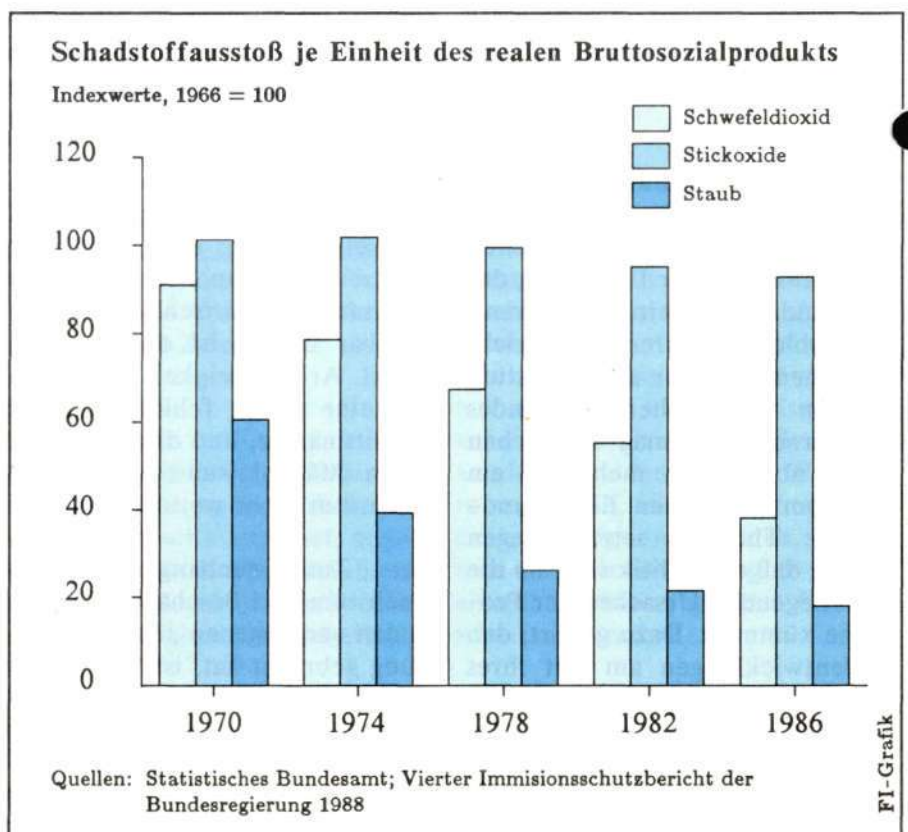
ist die Zahl der Arbeitsplätze um rund eine Million gestiegen, 1988 allein um mehr als 180.000. Das entkräftet den oben genannten Einwand, für nennenswerte Beschäftigungseffekte seien unrealistisch hohe Wachstumsraten erforderlich. Dieser Einwand gilt um so weniger, als die sogenannten Wachstumsschwellen - das sind diejenigen Wachstumsraten des Sozialprodukts, deren Überschreiten zu einer Zunahme der Beschäftigung führt - im Vergleich zu früheren Aufschwungphasen niedriger geworden sind.

Der Grund für diese positive Entwicklung liegt in der Struktur unseres Wachstums. Seit Anfang der siebziger Jahre hat der Anteil der Dienstleistungen, besonders auch der produktionsnahen, an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung laufend zugenommen. Und auch innerhalb des warenproduzierenden Gewerbes ist der Anteil der Tätigkeiten mit Dienst-

leistungscharakter größer geworden. Weil Dienstleistungen aber überdurchschnittlich arbeitsintensiv sind, können heute schon relativ bescheidene Wachstumsraten einen erheblichen Zuwachs an Arbeitsplätzen bewirken.

... und für die soziale Sicherung

Die Systeme unserer sozialen Sicherung schließlich - vor allem die gesetzlichen Renten- und Krankenversicherungen mit den Millionen von Menschen, die davon abhängen - stehen vor Problemen, die ohne Wirtschaftswachstum nicht mehr in einer für alle erträglichen Weise lösbar sein werden. Die besorgniserregende demographische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte mit ihren bedrohlichen sozialpolitischen Folgen liegt im wesentlichen schon heute fest. Sie wird es notwendig machen, einen immer höheren Anteil des Volkseinkommens für die nicht mehr aktiv am Erwerbsleben Beteiligten



bereitzustellen, weil die Zahl der Rentner sich im Verhältnis zur Anzahl der Erwerbstätigen drastisch erhöhen und bis zum Jahr 2030 mehr als verdoppeln wird.

Ohne gravierende Generationenkonflikte werden die Ansprüche der nicht mehr Erwerbstätigen an das Sozialprodukt nur dann befriedigt werden können, wenn auch der aktiven Erwerbsbevölkerung noch ein hinreichendes Einkommen verbleibt. Das aber setzt voraus, daß der Kuchen, der verteilt werden soll, wächst.

Regeln für die Wachstumspolitik

Sowenig Wachstum also ein aus unserer Wirtschaftsordnung abzuleitendes Primärziel ist, so sehr bleibt es aus guten Gründen wünschenswert. Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik ist deshalb legitim und sinnvoll. Erfolg haben kann sie freilich nur dann, wenn ihre Möglichkeiten und die ihr gezogenen Grenzen beachtet werden. Dabei sind zwei Aspekte, die immer wieder Mißverständnissen unterliegen, von zentraler Bedeutung.

1. Wachstumspolitik kann Sachpolitik nicht ersetzen. Zwar kann Wachstum in vielen Bereichen auch dann zu einer Linderung des Problemdrucks beitragen, wenn die Probleme in ihrem Kern nicht auf einem Mangel an Wachstum beruhen. Ein rascher wachsendes Sozialprodukt vermag in solchen Fällen aber kaum mehr, als am Symptom zu kurieren. Eine grundlegende Therapie setzt dagegen voraus, daß die Politik sich um die tieferliegenden Ursachen der Probleme kümmert. Dazu gehört, den Fehlentwicklungen am Ort ihres Entstehens entgegenzuwirken.

Das gilt insbesondere für den **Umweltschutz**. Er bindet zunehmend Ressourcen und setzt, soll er nicht

zu Lasten anderer Bereiche gehen, mehr Wachstum voraus. Aber ein Mehr an Wachstum bedeutet nicht automatisch schonenderen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Deshalb kann auf eine Umweltpolitik, die bei Produzenten wie Konsumenten das Interesse am verantwortlichen Umgang mit natürlichen Ressourcen weckt, nicht verzichtet werden.

Ob Umweltschutz ökonomisch effizient geschieht und unter dem Strich zur Steigerung des Wohlstandes und zur qualitativen Verbesserung der Gesamtsituation führt, hängt ganz wesentlich von der Wahl der umweltpolitischen Instrumente ab. Entscheidend ist, daß von der Politik die richtigen Anreize für alle ausgehen, Umweltschäden zu vermeiden und nach umweltverträglichen Verfahren und Produkten zu suchen. Solche Anreize schafft eine marktwirtschaftliche Umweltpolitik, die das Verursacherprinzip durchsetzt und die Nutzung natürlicher Ressourcen in Rechnung stellt. Das Beispiel der Abwasserabgabe, das auf eine Vielzahl anderer Fälle grundsätzlich übertragbar ist, hat dies in der Praxis bewiesen.

Ein zweites Beispiel dafür, daß kompetente, am richtigen Ende ansetzende Sachpolitik auch bei wachsender Wirtschaft unverzichtbar bleibt, ist der **Arbeitsmarkt**. Arbeitslosigkeit ist vor allem eine Folge fehlorganisierter Arbeitsmärkte, und diese strukturellen Mängel kann auch mehr Wachstum nicht wettmachen.

Der Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung, der in den vergangenen Jahren Entlastung gebracht hat, ist keineswegs stabil genug, um darauf eine tragfähige Arbeitsmarktpolitik zu gründen - weder durch den Versuch, die Beschäftigung mittels höherer Wachstumsraten zu stei-

gern, noch durch die Idee einer Verkürzung der individuellen Arbeitszeit mit dem Ziel, ein "vorhandenes" Arbeitsvolumen so umzuverteilen, daß mehr Menschen in Lohn und Brot stehen. Jede dieser Vorstellungen geht von einer Mechanik des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktes aus, die es so nicht gibt.

Das Zustandekommen des einzelnen Arbeitsvertrages ist nicht eine Frage mathematischer Differenzen zwischen den Wachstumsraten von Sozialprodukt, Arbeitszeit und Arbeitsproduktivität; entscheidend ist allein, ob die Rahmenbedingungen Arbeitsverhältnisse erlauben, die für beide Marktseiten vertretbar sind. Und dafür müssen viele Voraussetzungen stimmig sein: Das Arbeitsrecht ebenso wie die zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen, die daraus resultierenden Arbeitskosten nicht weniger als die Ertragsenerwartungen der Unternehmen. Deshalb kommt es hier in erster Linie darauf an, die Strukturmängel des deutschen Arbeitsmarktes zu beheben und Fehlentwicklungen dort zu korrigieren, wo sie das Zustandekommen von Arbeitsverhältnissen verhindern.

2. Wachstumspolitik muß vor allem Ordnungspolitik sein. Allen negativen Erfahrungen der 70er Jahre zum Trotz sind Forderungen, der Staat solle zur Belebung des wirtschaftlichen Wachstums "Geld in die Hand nehmen" und nachfragewirksam einsetzen, unverändert populär. Nur: Wachstumsorientierte Ausgabenprogramme sind allenfalls geeignet, angesichts fundamentaler Nachfrageschwäche - und nur dann - den Motor der Volkswirtschaft wieder auf Touren zu bringen.

Dauerhaftes Wachstum hingegen stellt gänzlich andere Anforderun-

gen als eine Politik der Expansion auf kurze Sicht: Wachstum erleichtern kann der Staat auf Dauer nur, wenn er seine Ausgaben auf das Notwendige und Sinnvolle beschränkt und diese Ausgaben solide finanziert.

Ob es dann zu Wachstum kommt, hängt in einer freiheitlichen Gesellschaft letztlich von den Menschen ab. Nur wenn ihnen daran liegt, für sich und ihre Nachkommen Wohlstand zu sichern und zu mehren, wird es Wachstum geben. Nur aus diesem Motiv entsteht die Bereitschaft, auf Konsum jetzt zu verzichten und stattdessen zu investieren: Forschung und Entwicklung voranzubringen, Qualifikation und Produktivität der Arbeitskraft zu steigern und die Arbeitsmöglichkeiten zu erweitern.

Ohne diese Bereitschaft, ohne den Willen, mehr zu leisten, ist Wachstum nicht "machbar". Die Politik kann hierfür nicht mehr tun, als die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit diese Leistungsbereitschaft nicht erstickt oder fehlgeleitet wird. Und nicht zuletzt entscheiden diese Rahmenbedingungen, ob ein umweltschonender Strukturwandel möglich wird oder nicht.

Die Wirtschaftspolitik erfüllt ihre Grundaufgabe, eine gesamtwirtschaftlich effiziente Verwendung der Ressourcen zu fördern, um so besser, je mehr es ihr gelingt, umfassenden Wettbewerb herzustellen und die Funktionsfähigkeit der Märkte zu sichern. Denn wer im Wettbewerb bestehen will, muß effizient wirtschaften; wo Wettbewerb hingegen fehlt, wird - gegen jede ökonomische und ökologische

Fazit:

- Unsere Wirtschaftsordnung ist in ihrem Kern wachstumsneutral. Dennoch ist Wachstum wünschenswert, weil es die Lösung drängender wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Probleme erleichtert und Optionen offenhält.
- Wachstumsorientierte Politik ist daher legitim und sinnvoll; sie ist freilich kein Ersatz für problemorientierte Sachpolitik.
- Wirtschaftswachstum steht einem wirksamen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen nicht entgegen. Notwendig ist aber eine marktwirtschaftliche Umweltpolitik, die zu verantwortlichem Umgang mit knappen natürlichen Ressourcen zwingt.
- Wachstum ist nicht "machbar", schon gar nicht durch Expansion der Staatsausgaben. Wachstumspolitik muß sich letztlich auf die ordnungspolitische Aufgabe beschränken, die aus dem Wunsch nach Erhalt und Weitergabe des Wohlstandes geborenen Wachstumskräfte freizusetzen.

Vernunft - die Vergeudung knapper Mittel zur Regel.

Ausblick

Ökonomie und Ökologie bedingen einander. Diese uralte Erkenntnis war lange verschüttet. Jetzt, angesichts der durch diese Ausblendung heraufbeschworenen Probleme, wird die einst selbstverständ-

liche Herleitung beider aus der gemeinsamen Wurzel *oikos* - dem bewohnten Haus - wieder sichtbar. Wirtschaften und Haushalten sind eins. Damit hat auch die Wachstumsfrage wieder die ihr eigene Tiefe bekommen.

Der dahinter stehende Einstellungswandel wird auch in der Fachsprache der Wirtschaft selbst deutlich. Vom Kapital der Natur ist die Rede, vom Verzehr an Umweltvermögen - und davon, daß Wirtschaften künftig auf Optimierung, nicht auf bloße Maximierung des Wachstums setzen muß.

Also: Nicht Wachstum um jeden Preis. Doch diese Grenze zu bestimmen, ist in einer über ihre Existenzbedingungen aufgeklärten Gesellschaft, die individuelle Freiheit zu schätzen und persönliche Verantwortung ernst zu nehmen weiß, vor allem Aufgabe des einzelnen als Bürger, Konsument und Produzent. Wenn es mit dem vielberufenen Wertewandel ernst ist, dann wird sich das auch in Art, Umfang und Qualität des Wachstums äußern.

Damit ist zugleich der staatlichen Wachstumspolitik Weg und Grenze aufgezeigt. Sie hat die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum so zu ordnen, daß Wettbewerb um die besten und akzeptabelsten Lösungen ermöglicht und menschliches Wohlstandsstreben vereinbar wird mit dem Interesse an einer intakten Umwelt. Wachstumschancen, die sich unter solchen Bedingungen bieten, kommen dem Menschen zugute - dem einzelnen ebenso wie der Gesellschaft als Ganzes.